

Vorname : Familienname

handelt als Begünstigter für die natürliche Person entspr. § 1 des BGB:

**Nachname, Vorname
c/o Musterstraße [55]
[DE-55555] Musterstadt**

Zeichen des Unterzeichners : GER-BO-0000200-2023

**Firma [Amt]-sgericht,
Josef-Neuberger-Straße 1,
[DE-44787] Bochum**
(außerhalb von Germany/Delaware.

Es wird Postwurfsendung zurückgewiesen - Überprüfung mit Überprüfung-s-Protokoll den ungeklärten Sachverhaltens

[116 Cs-442 Js 668/22-37/23], [116 Cs-320 Js 136/23-216/23]

Wertgeschätzter Richter Bosse,

es ist absolut zum Bedauern und Fremdschämen, das Ihnen ein Mensch, nunmehr „Recht“ erklären muss, für welches zu sprechen, Sie vorgeben zu sein. Der Unterzeichner stellt sich besorgt die Frage, was bei Ihnen nicht richtig „justiert“ wurde in Ihrem Unrechtsdasein. Ihr gesamter Vorgang ist auf Basis von arglistigen Scheingeschäften, Lügen und Betrug aufgebaut.

Unordnung auf Anordnung !

Ihr bzw. ihr/e beauftragte/r Schreiben weißt (keine Unterschrift oder Paraphe Unterschrift) auf, durch mehrere Gericht-s-Urteil/e: bestätigt wurden wie folgt:

Urteil fehlende Unterschrift<https://datenbank.nwb.de/Dokument/250375/>

BGH, Urteil v. 15.11.2006 - IV ZR 122/05 Unterschrift in leserlicher Form zu leisten mit Familiennamen, Vornamen.<https://wittmann-wittmann.weebly.com/gesetze-uumlber-unterschriften.html> Ohne Unterschrift sind ihre bzw. ihr/e beauftragte/r Schreiben nur Entwürfe und besitzen keine Rechtskraft im geltenden Rechtsgrundlage:

Der Unterzeichner bearbeitet ihr Anliegen gern weiter, wenn sie Richter, Bosse, ihr/e beauftragte/r die notwendige Unterschrift als Verantwortungsübernahme zusenden. Dazu erhalten sie ihr bzw. ihr/e beauftragte/das Schreiben in Kopie freundlicherweise zurück, da sich hier vermutlich die Täuschung im Rechtsverkehr aufweisen lässt.

Da Ihre Anordnungen und Beschlüsse bzw. . ihr/e beauftragte/r Schreiben nicht eindeutig unterzeichnet wurde, ist Ihr tätig werden für nichtig und ohne geltende **Rechtsgrundlage, ist dieses Schreiben rechtsungültig** . Daher bleibt der Verzicht Ihrer Erklärung ihres bzw. ihr/e beauftragte/r Schreiben unbeantwortet, bis dahin ist die geltende **Rechtsgrundlage / Rechtsgültigkeit** offen und fraglich zu gleich.

Unterschrift auf Behördenschreiben

Nicht nur Urteile, sondern auch Beschlüsse, Anordnungen, Verfügungen, etc. stellen lediglich unverbindliche Entwürfe dar, solange der erkennende Richter oder Rechtspfleger sie nicht unterschrieben hat.

Beweis:

BVG NJW 1985, 788; BGH WM 1986, 331, 332; BGHZ 137, 49; OLG Köln NJW 1988 2805f; OLG Köln Rechtspfleger 1981, 198.

Alle über den Postweg versandten Schriftstücke sind ohne gültige Unterschrift nicht rechtswirksam. Texte wie „Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift gültig!“ erfüllen den Tatbestand der Rechtstäuschung.

Beweis:

§126 BGB, §315 ZPO, §275 StPO, §117 VwGO, §37 VwVfG, §110c OWiG, §134 SGG, §119 AO usw.

Der Zusatz. A.“ ist nach höchstrichterlicher Feststellung als formunwirksam und damit ebenfalls rechtsunwirksam anzusehen.

Beweis:

BGH-Urteil vom 19. Juni 2007– VI ZB 81/05; BGH-Urteil vom 31. März 2002– II ZR 192/02; BGH-Urteil vom 5. November 1987– V ZR 139/87 Eberhard.

Der Staat BRD wurde NIE gegründet (siehe Herr Dr. Carlo Schmid, SPD, Parlamentarischer Rat am 08.09.1948 und unsere obersten Richter bestätigten dies am 31.07.1973).

Siehe : <https://youtu.be/Jmks5ehbTlg> und https://youtu.be/LGtE3mEwV_8

Da der Staat BRD NIE gegründet wurde, existiert kein „**verfassungsgemäßer Gesetzgeber**“, keine verfassungsgemäßen Gesetze, Anordnungen und sonstige Vorschriften !

Es existieren damit keine Beamten und es gibt damit keine Hoheitsrechte !

Richter, Staatsanwälte, Gerichtsvollzieher oder sonstiger Beamte, können zu ihrer Reputation keine Bestallungsurkunde eines verfassungsgemäßen Gesetzgeber vorlegen, da kein verfassungsgemäßer Gesetzgeber existiert, weil kein Staat BRD existiert ! Alle Wahlen seit 1945 sind NULL und NICHTIG !

Was möchte uns als Souverän also für ein angeblicher Gesetzgeber etwas vorschreiben, der nicht existiert ?

Die Bundesrepublik ist ein rein privatrechtliches US-Unternehmen, das von der UN und dem Department of Treasury die Lizenz zur Verwaltung der juristischen Personen bekommen hat. Der Bund verfügt weder über hoheitliche Rechte, noch über die Befugnisse eines Staates !

Die Bundesrepublik kann daher auch seinen Subunternehmen, die sich als Finanzämter, Polizei, Staatsanwaltschaft, Gerichte, usw. ausgeben, keinerlei staatshoheitlichen Rechte verliehen !

Offiziell wurde die Firma BRD am 03.10.1990 von Herrn Hans Genscher abgemeldet und aufgelöst ! Im Juni 2006 urteilte der internationale Straf-Gerichts-Hof für Menschenrechte in Den Haag über die Feststellungsklage von Herrn Mustafa Selim Sürmeli aus Stade, das die Bundesrepublik Deutschland als Staat nicht existiert,

kein Staatsgebiet und kein Staatsvolk hat ! Etwas anderes war auch nicht möglich, da die Bundesrepublik Deutschland am 03.10.1990 aufgelöst und beendet wurde ! Herr Genscher hat am 03.10.1990 die BRD aus der UN-Mitgliedsliste gestrichen und dafür den neuen Besatzer des Deutschen Reiches, Deutschland/Germany eingetragen ! Die FIRMA Deutschland/Germany AG wurde im Jahr 2018, nach 5 jährigem Insolvenzverfahren, aus dem Unternehmensregister in DELAWARE gelöscht !

Heute steht "Germany" im Unternehmensregister von Arizona mit der Handelsregisternummer : L18846507 AZ mit dem registrierten Vertreter "James B Germany", also vermutlich Herr James Baker (https://de.wikipedia.org/wiki/James_Baker).

Das 1. Gesetz zur Bereinigung von Bundesrecht im Geschäftsbereich des Bundes-Justizministeriums vom 19.04.2006, BGBl. I, S. 866, wurde am 24.06.2006 mit Ausgabe des Bundesgesetzblattes Nr. 18 - 2006 bekannt gegeben und trat am 25.04.2006 in Kraft. Aufgehoben wurden damit das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB), das Strafgesetzbuch (StGB), das Gerichts-Verfassungsgesetz (GVG), die Zivil-Prozess-Ordnung (ZPO), die Straf-Prozessordnung (StPO) und die Familiengerichtsbarkeit (FamFG) !!

Mit dem 2. Gesetz zur Bereinigung von Bundesrecht wurden am 23.10.2007, BGBl. I, S. 2614, Nr. 59, dann die Abgaben-Ordnung 1977 (AO 77), das Umsatzsteuergesetz (UstG), das Einkommenssteuergesetz (EStG), die Finanzgerichts-Ordnung (FGO), das Ordnungswidrigkeiten Gesetz (OWiG) und weitere Gesetze mit Rechtskraft vom 30.10.2007 aufgehoben und gelöscht !!!

Mit Artikel 3 wurde auch das Gesetz über Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen aufgehoben ! Alle Corona-Verordnungen haben damit also auch keinerlei Rechtsgrundlage und hätten von den Politiker der Landesregierungen und Kreistage nicht beschlossen werden dürfen ! Der Bund, die Bundesrepublik ist damit nicht befugt, jemals (seit dem 30.10.2007) wieder irgendwelche Gesetze oder Verordnungen zu erlassen, was jedoch seit dem 30.10.2007 reichlich getan wurde, wie z.B. mit dem UN-Migrationspakt oder den jetzigen Corona-Verordnungen !!! Damit verstoßen alle Politiker, vom Bürgermeister bis zur "Bundeskanzlerin", gegen die Auflagen der 4 Siegermächte (siehe auch die SHAEF-Gesetze) !

Richter und Gerichte, Staatsanwaltschaften und Staatsanwälte.

Um diese Rechts- und Gesetzlosigkeit richtig zu verstehen, ist eine Erklärung im Vorwege unbedingt notwendig.

Vorwort zur Erklärung:

Richter dürfen nur unter einer gültigen Verfassung sowie unter einer zusätzlichen, gültigen Gerichtsverfassung einen Prozess eröffnen um Recht zu sprechen, gleiches gilt für Staatsanwälte, die den Staat als Anklagende Anwälte vertreten.

Das Grundgesetz ist für die Bundesrepublik Deutschland gewesen, nicht für die Deutschen Völker, das GG war auch niemals eine Verfassung, sonst hätte dort Verfassung draufgestanden.

Dass es keine Verfassung war, ergibt sich auch schon aus dem Artikel 146 Grundgesetz!

Ebenfalls, ergibt sich aus dem Grundgesetz Artikel 133, dass der BUND niemals ein Staat war und somit niemals irgendwelche Gesetze erlassen konnte und durfte. Der BUND war eine Verwaltungseinheit der Alliierten für die von den Alliierten geschaffenen

Wirtschaftsgebiete, die sich auf Befehl von General Eisenhower ohne die Rechte und Befugnisse dazu zu haben, auch als Bundesstaaten bezeichnen dürfen. (Alles Täuschungen)

Das Grundgesetz wurde auch nie durch den Bundesrat ratifiziert, es wurde von den Alliierten einfach nur erlassen.

Es konnte auch gar nicht ratifiziert werden, im Bundesrat saßen nur von den Alliierten ausgesuchte und eingesetzte „Politiker“ ohne Rechte und Befugnisse.

So auch Konrad Adenauer, der zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland sagte,

„wir haben kein Mandat des Deutschen Volkes, wir haben den Auftrag der Alliierten“.

Also wurde die Bundesrepublik Deutschland von den Alliierten als Unternehmen im See- Handelsrecht ohne hoheitliche Rechte und Befugnisse gegründet.

Die Aussage von Dr. Carlo Schmidt, - **„wir haben keinen Staat zu gründen, höchstens ein Staatsfragment um die nötigsten Verwaltungsaufgaben zu übernehmen.....“**

Somit hat sich der angebliche Staat - Bundesrepublik Deutschland - auch erledigt!

Auch die Gründung der Bundeswehr 1955 kann demnach nur durch die Alliierten erfolgt sein, was im höchsten Grade völkerrechtswidrig war.

Zu den Alliierten ist zu bemerken, bei allen Alliierten handelte es sich um den Vatikan und die Khasarenjüdische Bankenmafia aus dem Vatikanstaat Washington DC.

Gemäß S.H.A.E.F. - Gesetzgebung wurde das 3. Reich Adolf Hitler 1945 als Deutschland in den Grenzen vom 31.12.1937 definiert.

Es gab vorher kein Deutschland!

Es gab vorher nur das Deutsche Reich!!! - Siehe Karten 1900 im Internet.

Eine Vatikanische Erfindung, der Vatikan und die Chasarische Bankenmafia stehen für die Alliierten und nicht das angebliche Staatenbündnis.

England, - gehört seit dem Jahr 1213 dem Vatikan.

USA, - seit 03. September 1783 durch den Frieden von Paris von England besetzt.

Russland, - Seit der 1. Revolution am 02.03.1917 nur noch eine Handelsfirma mit Vatikanischem Konkordat, angeführt von den Chasarischen Juden. (im Seerecht)

Frankreich, - seit der Französischen Revolution 1789 - 1799 (3 Phasen) nur noch eine Handelsfirma mit Vatikanischen Konkordat im Seerecht. (Piratenrecht)

Zentralgesteuert über Washington DC, einem Mini- Vatikanstaat vom 36 Qm² (Meilen), der mit Amerika gar nichts zu tun hat, ein separater Staat.

Alle Anordnungen und Verträge haben nur auf hoher See Gültigkeit, (deshalb Seerecht) auf dem Festland (Piraterie) müssen den Verträgen, Gesetzen, Anordnungen durch Waffengewalt Geltung verschafft werden.

Preußen und das Deutsche Reich waren bis zum Waffenstillstand am 11 November 1918 unbesiegt, kein Feind hatte jemals Preußischen / Reichsboden betreten.

Alles was nach dem 11 November 1918 passierte geht die Deutschen nichts an, das waren Inszenierungen des Vatikans und der Chasarischen Bankenmafia!

Gründung Weimarer Republik, Gründung 3. Reich Adolf Hitler, Definition Deutschland, Gründung der Bundesrepublik Deutschland, ab 1990 Gründung Deutschland, alles nur im

See- Handelsrecht für die Hohe- See, auf dem Festland ohne Gültigkeit.

Das Deutsche Reich und Preußen existieren heute noch, werden von Teilen der eigenen Bevölkerung (Mitarbeiter von Behörden- und Ämtern) handlungsunfähig gehalten.

Das bedeutet, es hat niemals eine Bundesrepublik Deutschland als Staat mit hoheitlichen Rechten und Befugnissen gegeben, ebenfalls kein Deutschland oder ein 3. Reich.

Es kann auch keinen Rechtsnachfolger für Preussen (Preußen) und das Deutsche Reich 1871

geben, Adolf Hitler hat 1933, gleich nach seiner Machtübernahme den Deutschen Kaiser in Doorn / Holland, in seinem Exil aufgesucht und bat ihn um die Rechtsnachfolge des Reiches.

Kaiser Wilhelm lehnte die Übergabe der Rechtsnachfolge ab.

Kurz vor seinem Ableben am 04 Juni 1941 gab Wilhelm II als König von Preußen alle Rechte an das Preußische Volk zurück.

Eine Karte von 1890 zeigt, das gesamte Reich wurde seinerzeit als Preussen / Preussen-Empire bezeichnet, die Bundesstaaten waren nicht verzeichnet, somit wahrscheinlich nur Provinzen.

Somit begehen die Mitarbeiter in den Ämtern und Behörden schon seit dem Putsch am

28 Oktober 1918 Hochverrat gegen Preußen / Preussen und das Deutsche Reich 1871 (Bundesstaaten) sie berauben und plündern seit über 100 Jahren die Bevölkerung.

Diese Mitarbeiter halten ihr eigenes Land für den Vatikan und die Chasarische Bankenmafia besetzt und handlungsunfähig.

Seit dem 04. Oktober 1990 dann sogar als Mitarbeiter von privaten, amerikanischen Unternehmen, die nicht einmal über eine Genehmigung zum Betreten des Deutschen Bodens verfügen und völlig illegal kriminelle Geschäftsmodelle betreiben.

Das Grundgesetz, das **K E I N E** Verfassung war und ist, wurde am 17.07.1990 mit Wirkung zum 29.09.1990 durch Streichung des Art. 23 Grundgesetz gelöscht.

Die Verwaltungseinheit Bundesrepublik Deutschland ohne hoheitliche Rechte und Befugnisse wurde am 03.10.1990 bei der UNO durch den Chasaren-juden H. D. Genscher gelöscht.

Eingetragen wurde dafür Deutschland - was wohl für die Definition der Alliierten steht.

Da auch die UNO nur im Vereinsrecht auf hoher See gegründet wurde, hat das keine Bedeutung für die Deutschen Völker bzw. die Prussen.

Es gibt keine somit keine Verfassung,

auf die ein Richter oder Staatsanwalt sich berufen könnte.

Ebenfalls gibt es keinen Staat, den ein Staatsanwalt vertreten könnte oder der einem „Richter“ die Rechte und Befugnisse zur Rechtsprechung verliehen haben könnte.

Im Artikel 101 Grundgesetz steht eindeutig, alle Gerichte sind Staatsgerichte!!! Wo es keinen Staat gibt, gibt es auch keine Staatsgerichte!

01--1952 BVerfG. 1 BvR 147 / 1952

Beamte sind mit EstA- Urkunde ausgezeichnete Reichsbürger ohne Hoheitsrechte.

Fundstellen: BVerfGE 3,58; DVBl 1954,86; DÖV 1954,53; JZ 1954,76; MDR 1954,88; NJW 1954,21 Verweis auf: BVerfG-Urteil 2 BvF 1/73.

02--Dauerhafte Übertragung hoheitlicher Befugnisse auf NICHT-Beamte ist nach Urteil BVerfG, 27.04.1959 - 2BvF2/58 verfassungswidrig.

Eine Bestallungsurkunde kann ebenfalls niemand vorweisen, geschweige denn eine Tätigkeitsgenehmigung nach Militärgesetz Nummer 2, Artikel V .9 der alliierten Militärregierung.

03--1959 BVerfG -Urteils 2BvF2/58 vom 27.04.1959 OLG München, Beschluss vom 05.02.2013, 9 VA 17/12

Wenn jemand hoheitliche Aufgaben vornehmen will, ist ein

AMTS-ausweis unabdingbar und zwingend erforderlich.

**Dauerhafte Übertragung hoheitlicher Befugnisse auf
NICHT-Beamte ist entsprechend des
BVerfG-Urteils 2BvF2/58 vom 27.04.1959 verfassungswidrig**

04--1963 BVerfGE - Nichtige Verwaltungsakte:

Auf Grund der fehlenden Staatlichkeit verfügen die Behörden der BRD nicht über staatlich-hoheitliche Gebietskörperschaftsrechte, denn staatlich-hoheitliche Gebietskörperschaften werden von einem Staat verliehen. Nur bei Vorliegen dieser staatlich-hoheitlichen Gebietskörperschaftsrechte dürfen Verwaltungsakte gegen den Bürger ausgelöst werden.
(BVerfG 1 C 74/61 vom 28. 11. 1963) - (BVerfGE 55, 100 bzw. 1BvR 668/04)

05--1983 BVerfGE - die BRD hat kein Staatsgebiet:

Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 mit dem
Az: 2 BvF 1/73 und Urteil BVG U 2 BVR 373/83 von 1987 auf Anfrage 2015
Deutscher Bundestag Auswärtiges Amt/Antwort vom - 30.06.2015.

06--1983 BVerfG. 2 BvR 315 / 83 und BGH-Urteil

Es ist verboten den Menschen als Objekt / jur. Person zu behandeln.

Gerichtsverfassungsgesetz	
Alte Fassung	Neue Fassung
<p>§. 15. Die Gerichte sind <u>Staatsgerichte</u>. Die Privatgerichtsbarkeit ist aufgehoben; an ihre Stelle tritt die Gerichtsbarkeit desjenigen Bundesstaates, in welchem sie ausgeübt wurde. Präsentationen für Anstellungen bei den Gerichten finden nicht statt. Die Ausübung einer geistlichen Gerichtsbarkeit in weltlichen Angelegenheiten ist ohne bürgerliche Wirkung. Dies gilt insbesondere bei Ehe- und Verlöbnißsachen.</p>	<p>§ 15 (weggefallen)</p>

07--1987 BVerfG. 77, 137:

Das deutsche Volk ist seit dem 16.04.1871 Träger des Selbstbestimmungsrechts.

08--BVerfGE zum Grundgesetz

In der BRD gibt es kein Geltungsbereich mehr (Wegfall Art. 23 „Geltungsbereich“ am 17.07.1990 bzw. rechtswidrig mit den „Europa-Artikel“ überschrieben) „Gesetze ohne Geltungsbereich besitzen keine Gültigkeit und Rechtskraft.“ (BVerfGE 3, 288 (319f); 6, 309 (338, 363))

09--Gerichtsverfassungsgesetz

Hier stellt sich aber dann die Frage, im Namen welchen Volkes werden Urteile gesprochen? Ein Deutsches Volk gibt es nicht, es gibt nur Reichsangehörige. Ebenso wenig gibt es ein Deutschland, es gibt Preussen / Preußen und das Deutsche Reich 1871. Siehe Urteil BVerfG 1983 die Bundesrepublik Deutschland verfügt über kein Staatsgebiet.

Woher sollte dann ein Staatsvolk kommen?

DWR

Gerichtsverfassungsgesetz

14. Titel - Öffentlichkeit und Sitzungspolizei (§§ 169 - 183)

§ 169

¹Die Verhandlung vor dem erkennenden Gericht einschließlich der Verkündung der Urteile und Beschlüsse ist öffentlich. ²Ton- und Fernseh-Rundfunkaufnahmen sowie Ton- und Filmaufnahmen zum Zwecke der öffentlichen Vorführung oder Veröffentlichung ihres Inhalts sind unzulässig.

Man beachte: Die deutsche Sprache ist sehr präzise, bedeutet:
Wenn diese Ton- und Filmaufnahmen NICHT öffentlich Vorgeführt und Veröffentlicht werden, so sind solche Aufnahmen dann doch offenkundig ERLAUBT und LEGITIM !!!

Eine Wegnahme von Aufnahmegeräten und ein damit verbundenes Verbot der Aufzeichnung dürfte somit also VERBOTEN sein !!!

ABER hinzu kommt:

Zitat Prof. Volker Boehme-Neßler (Rechtssoziologe, HTW Berlin):
„Wenn Urteile im Namen des Volkes gesprochen werden, wie es vor Gericht auch ist, dann muss das Volk es auch sehen und kontrollieren können, was in seinem Namen eigentlich passiert.“

Jedoch bleibt noch eine wichtige und entscheidende Frage offen:
„Hat das sog. Volk den Kuttenträgern denn wahrlich gestattet in seinem NAMEN Recht zu sprechen?“

10 -- Deutsches Richtergesetz § 9 Voraussetzung für die Berufung

Niemand verfügt mehr über diese geforderten Voraussetzungen. **Das fängt schon mit der Staatsangehörigkeit an!**

**Deutsches Richtergesetz
§ 9 Voraussetzungen für die Berufungen**

In das Richterverhältnis darf nur berufen werden, wer

1. Deutscher im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes ist,
2. die Gewähr dafür bietet, dass er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt,
3. die Befähigung zum Richteramt besitzt (§§ 5 bis 7) und
4. über die erforderliche soziale Kompetenz verfügt.

11.--1. Januar 2000 Die Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 5. Februar 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 85, verk. am 06.02.1934) unter § 1 unter (1 und 2) gab es nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit). Durch Bundesgesetzblatt Jahrgang 1999 Teil I Nr. 38, ausgegeben zu Bonn am 23. Juli 1999 wird diese Verordnung (5) außer Kraft gesetzt und tritt am 1. Januar 2000 in Kraft.

Alle illegal angeeigneten Rechte und Befugnisse wurden ihnen entzogen und verboten! Diese Entziehungen und Verbote könnte noch viele Seiten weitergeführt werden!!!

12.--Dazu auch das Urteil des EGMR 75529/01 vom 08.06.2006.

Der BRD-Rechtsweg für deutsche Staatsbürger ist ausgeschlossen, weil deutsches Recht

nicht angewandt und vollstreckt werden kann, (darf) aus Art. 6 und 13 EMRK wegen Stillstand der Rechtspflege nach § 245 ZPO, Kontrollratsgesetz 35 ist verletzt.

Die von ihnen angewandte „Rechtspraxis“ ist grundgesetzwidrig, wie der Europäische Gerichtshof über Amts- und Staatshaftung im EzGH- Urteil vom 30.09.2003,

AZ.: C-224/01 bereits festgestellt hat.

Damit ist die Wirkungslosigkeit und Nichtigkeit der Rechtsweggarantie als Stillstand der Rechtspflege belegt.

Nach deutschem Recht Art. 101 GG gibt es nach § 11 StGB keine Amtsträger. Mit ihren Schreiben ohne Unterschrift haben sie u. a. den Straftatbestand der Täuschung im Rechtsverkehr erfüllt.

Und was dann ab 1990 kam stellte alles in den Schatten.

Alles ab dem 04 Oktober 1990 war nur noch hochgradig kriminell! Alle diese Urteile spielen im Grunde genommen keine große Rolle mehr.

Ab dem 04 Oktober 1990 war dieses Land wieder Preussen / Preußen, das Deutsche Reich. Die Verträge und Geheimverträge die im Hintergrund auf See- Handelsrechtlicher Grundlage, UCC geschlossen worden sind, spielen überhaupt keine Rolle.

13.--Die Staatshaftung wurde schon 1982 aufgehoben.

1982 Das BVerfGE zur Staatshaftung:

Das Staatshaftungsgesetz ist vom „Bundesverfassungsgericht“ 1982 für nichtig erklärt worden (Urteil des „Bundesverfassungsgerichtes“ vom 19. 10. 1982 (BVerfGE 61, 149). Alle „Mitarbeiter“ der „BRD“ haften seitdem privat und persönlich vollumfänglich mit ihrer eigenen Freiheit und ihrem eigenen Vermögen.

14.--Zum 1 Januar 1991 wurde der § 795 BGB aufgehoben.

1991 (01. Jan) Streichung des § 795 BGB – Staatliche Inhaber Schuldverschreibung.

(1) Im Inland ausgestellte Schuldverschreibungen auf den Inhaber, in denen die Zahlung einer bestimmten

Geldsumme versprochen wird, dürfen nur mit staatlicher Genehmigung in den Verkehr gebracht werden, soweit nicht Ausnahmen zugelassen sind.

Das Nähere bestimmt ein Bundesgesetz.

(2) Eine ohne die erforderliche staatliche Genehmigung in den Verkehr gelangte Schuldverschreibung ist nichtig; der

Aussteller hat dem Inhaber den durch die Ausgabe verursachten Schaden zu ersetzen.

Jede Schuldverschreibung auf den Inhaber, muss von den Mitarbeitern der Schein- Behörden und Ämter in voller Höhe zuzüglich Zinsen und Schadensersatz unter privater Haftung ersetzt werden.

Nichts ist mehr versichert, alle Mitarbeiter handeln unter persönlicher, privater Haftung!!!

Bundesländer sind weg!

15.--1991 BVerfGE zur Wiedervereinigung 24 April 1991- BvR 1341/90:

Es gibt keine Wiedervereinigungen zwischen DDR und BRD

(Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24 April 1991- BvR 1341/90) Die BRD verfügt weder über ein Staatsgebiet noch über ein Staats- Volk. Somit ist auch die Gründung der Bundesländer vom 14.10.1990 null und nichtig.

Gemäß Art. 133 GG hat es auch niemals irgendwelche Bundesländer gegeben, es waren zu Verwaltende Wirtschaftsgebiete.

16.--1992 Das Sozialgericht Berlin hat im Urteil einer Negationsklage vom 19.05.1992

(Aktenzeichen S 56 Ar 239/92) festgestellt, dass der so genannte Einigungsvertrag“ vom 31.08.1990 (BGBl.1990, Teil II, Seite 890) ungültig ist, da man nicht zu etwas beitreten kann, was bereits am 17.07.1990 aufgelöst worden ist).

Alle Gesetzesgrundlagen wurden entzogen und verboten!

17.--2006. Das 1. Gesetz zur Bereinigung von Bundesrecht im Geschäftsbereich des Bundes-Justizministeriums vom 19. April 2006 - BGBl. I, S. 866

wurde am 24 April 2006 mit Ausgabe des Bundesgesetzblattes Nr. 18 - 2006 bekanntgegeben worden und trat am 25 April 2006 in Kraft.

Aufgehoben

wurde das Bürgerliche Gesetzbuch, (BGB)

das Strafgesetzbuch, (StGB)

das Gerichts- Verfassungsgesetz, (GVG)

die Zivil- Prozess- Ordnung, (ZPO)

die Straf- Prozess- Ordnung, (StPO)

Familiengerichtsbarkeit, (FamFG)

usw. usw...

18.--Alle Geltungsbereiche wurden aufgehoben!

Artikel 84 – aufgehoben ! Die Verwaltungseinheit BUND / Bundesrepublik Deutschland / Deutschland ist weg!

Artikel 84

Änderung des Gesetzes zur Änderung des

**Strafgesetzbuches,
der Strafprozessordnung,
des Gerichtsverfassungsgesetzes,
der Bundesrechtsanwaltsordnung
und des **Strafvollzugsgesetzes**
(312-11)**

Artikel 6 Abs. 1 und 3 und Artikel 7 des Gesetzes zur
Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozessordnung,
des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Bundesrechtsanwaltsordnung
und des Strafvollzugsgesetzes vom 18. August 1976
(BGBl. I S. 2181), das durch Artikel 2 des Gesetzes vom
28. März 1980 (BGBl. I S. 373) geändert worden ist,
werden aufgehoben.

19.--- Urteil des BVerfGE vom 25.07.2012:

BVerfG-Urteil vom 25.07.2012 (2 BvF 3/11, 2 BvR 2670/11, 2 BvE 9/11) stellt fest, dass es keine verfassungsgemäßen Parlamente seit mindestens 1956 in der BRD gab. Die Frage, ob die Gesetze nicht trotzdem durch die normative Kraft des Faktischen gültig seien, ist überhaupt nicht zulässig.

Denn die „Normative Kraft des Faktischen“ schließt nicht ein, dass Rechtsverstöße, Betrug, Vertretungsfehler, sich irgendwann als Recht bezeichnen könnten. Aus Unrecht wächst kein Recht – auch nicht, wenn es 70 Jahre vertuscht, versteckt oder sonst wie unbemerkt blieb.

- BRD als angeblicher Rechtsstaat schon seit 1956 erloschen
- Neues Wahlgesetz nichtig
- Altes Wahlgesetz nichtig
- Über 50 Jahre nichtige Gesetze und Verordnungen
- Mitglieder im Bundestag und im Bundesrat in Ermangelung eines Wahlgesetzes seit 1956 ohne Legitimation für eine Gesetzgebung

Hiermit wurden der Bundesrepublik Deutschland jegliche Rechte auf Steuern, Jurisdiktion, Gesetzgebungen usw. usw. völlig entzogen.

Dies erfolgte aber bereits schon mit den Bereinigungsgesetzen in den Jahren 2006, 2007 und 2010, die von den Alliierten erlassen worden sind.

Die Immunität der Richter und Staatsanwälte ist weg!

20.--Motu Proprio vom 11. Juli 2013:

Papst Franziskus hat am 11. Juli 2013 mit Wirkung zum 01. September 2013 ein Motu Proprio, das höchste legale Gesetzinstrument auf Erden aus eigenem Beweggrund (motu proprio) herausgegeben und demzufolge die Immunität aller Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte und „Regierungsbeamten“ aufgehoben.

Durch dieses Motu Proprio des Papstes sind nunmehr Richter, Anwälte, Banker, Gesetzgeber, Strafverfolgung und alle öffentlichen Beamten und Bediensteten persönlich haftbar zu machen für ihre Beschlagnahme von Häusern, Autos, Geld

und Anlagen der wahren Begünstigten, für Freiheitsberaubung, Betrug, Belästigung und die Umwandlung der Treuhandfonds der wahren Begünstigten.

Die juristische PERSON ist weg!

21.--Auflösung des römischen Rechts:

Seit dem 21 Juni 2011 ist die Romanus Pontifex offiziell aufgelöst, über Ritus Mandamus und Ritus Probatum; öffentlicher Eintrag Nr. 983210-331235-01004. Hiermit ist alle Rechtsprechung des römischen Reiches auf der Erde null und nichtig.

Alle Cestui Vie – Trusts sind seit dem 15 August 2011 über den Ritus Probatum Regnum und Ritus Mandamus aufgelöst.
(Öffentlicher Eintrag Nr. 983210-341748-240014)

Dies beinhaltet die Auflösung des Trusts und Amtes bekannt als Aeterni Regis, und als die „Ewige Krone“ oder „die Krone nebst all ihrer Ablegern, die Beendigung aller Siedlungsurkunden (settlement certificates), Geburtsurkunden, Sterbeurkunden, der Bonds und Ansprüche (claims) einschließlich der Autoritäten der Bank for International Settlements
(BIS = Zentralbank der Zentralbanken.)

Alle Länder / Bundesländer / Bundesstaaten existieren ausschließlich nur unter einem Konkordat mit der röm. kath. Kirche, als See- Handelsrechtliche Staatswesen und sind dem Internationalen UCC (Uniform Commercial Code) sowie dem Kanonischen Recht unterworfen. **Es gibt die jur. PERSON nicht mehr!**

Auch der Papst hat die jur. PERSON abgeschafft und verboten!

22.--Urteil des BVerfGE 1 BvR 1677/15 vom 03.11.2015:

Die Grundrechtsfähigkeit einer juristischen Person des öffentlichen Rechts ist grundsätzlich dann zu verneinen, wenn diese öffentliche Aufgaben wahrnimmt!

Gleiches gilt für juristische Personen des Privatrechts, die von der öffentlichen Hand gehalten oder beherrscht werden.

Die BRiD-Gerichte, sonstige Beamte und Mitarbeiter sind allesamt nicht grundrechtefähig und somit auch nicht prozessfähig.

Eine juristische Person ohne jegliches Grundrecht ist nicht grundbuch-, recht-, geschäfts-, handlungs-, delikt-, insolvenz-, vertrag- oder prozessfähig, sondern ausnahmslos nur schuldfähig!

Erklärung des Niedersächsischen Justizministers dazu:

23.--Die Länder sind dem Grundgesetz und dem Völkerrecht **NICHT** beigetreten. Gemäß der **Erklärung** des **Nds. Justizministeriums** in (**Dokument 1001 I-202.45**) vom **19.01.2017** n.Chr. wird in der Jurisdiktion

- Rechtsprechung ohne Rechtsfähigkeit,
- Prozesse ohne Prozessfähigkeit,
- Klagen ohne Klageberechtigung und Klagebefugnis,
- Schäden ohne Haftbarkeit mit anonymer UN-Verantwortung fingiert und
- Völkerrecht ohne Zuständigkeit gegen die Verfassungsordnung verleumdet.

Diese Handlungen sind strafbar.

Und dann kommen private, amerikanische Unternehmen (GmbHs) daher und behaupten über staatliche Rechte und Befugnisse zu verfügen!

24.

Amtsgericht Bochum
D-U-N-S® Nummer: 34-001-3346

Firmeninformation

Adresse: Josef-Neuberger-Str. 1
44787 Bochum

25.

Polizeipräsidium Bochum

D-U-N-S® Nummer: 50-696-9943

Firmeninformation

Adresse: Uhlandstr. 35
44791 Bochum

26.

Staatsanwaltschaft Bochum

D-U-N-S® Nummer: 34-298-6021

Firmeninformation

Adresse: Josef-Neuberger-Str. 1
44787 Bochum

Zur Täuschung im Rechtsverkehr werden die US- Steuernummern verborgen!
Es ist nicht leicht, diese immer heraus zu filtern, obwohl diese privaten Unternehmen der
Verpflichtung unterliegen, ihre Steuernummern anzuzeigen.

27.--Einträge im Reichs- Handelsregister existieren nicht, ebenso verfügt kein US-
Unternehmen auf dem Staatsgebiet Preussens/Preußens, dem Deutschen Reich über eine
Gewerbe-Erlaubnis. Wie aus dem Vorwort hier erkennbar ist, befindet sich der Staat immer
noch unter aktiven Kriegsrecht seit dem 31 Juli 1914, im Waffenstillstand vom 11 November
1918.

Somit ist eine Genehmigung des Preußischen Militärs zwingend erforderlich.

Selbst unter der irrigen Annahme, das Reich und Preußen wären von den Alliierten besetzt, ist auch in dem Fall,

aufgrund **Militärgesetz Nr. 161** eine Genehmigung der Alliierten Militär- Kommandantur zwingend erforderlich!

Sollte keine Genehmigung vorgelegt werden können, begehen die Mitarbeiter dieser Gerichte und Staatsanwaltschaften **schwere Kriegsverbrechen**, auf die die Todesstrafe steht.

Alle diese privaten US- Unternehmen behaupten, ihre Rechte aus einem Telemediavertrag, der durch das Urteil vom 25.07.2012 hier **Punkt 19**, null und nichtig ist, ableiten zu können.

28.--Urteil Bundes- Verfassungsgericht:

Es ist grundsätzlich von allen weiteren Verantwortlichen im Verband juristischer Personen **1 BvR 1766/15 SACHE** zu unterlassen **den Namen, Frau / Herr** siehe auch (§ 28 PAusV, § 3 StAG, § 2 BMG), etc., im Verband juristischer Personen **1 BvR 1766/15 SACHE** zu verwenden, da diese nicht **grundrechtsfähig**, nicht **grundrechtsgebunden**, nicht **prozessfähig** sowie nicht **völkerrechtsfähig** sind und dessen Verwendung **schwerste nicht verjähbare Verbrechen im Völkerrecht bewirkt.**

Art. 6 EGBGB in Verbindung mit **ECHR 75529/01** öffentliche Rechtschutzordnung, da die Gesetze der

Bundesrepublik Deutschland bei Menschenrechtsverletzung im Völkerrecht nicht angewandt werden dürfen.

Genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 – Völkerrechtlicher Zivilschutz Art. 47

Genfer Abkommen I - Art. 48

Genfer Abkommen II - Verpflichtung die

Genfer Abkommen Art. 127

Genfer Abkommen III - zu besitzen und darin besonders Art. 144 Genfer Abkommen IV - unterrichtet zu sein.

Art.73 in Verbindung mit Art. 53 107 UN-Charta Treuhandverwaltung und Feindstaat Genfer Abkommen IV Artikel 147 (Hard Law)

**Tatsächlich kann hier nur noch von organisierter
Bandenkriminalität die Rede sein.**

**Diese privaten US- Unternehmen simulieren auf unserem Grund und
Boden einen Staat, diese privaten US- Unternehmen sollen die
vertraglichen Grundlagen geschaffen haben.**

29.

Bundesrepublik Deutschland

D-U-N-S® Nummer: 34-161-1478

Firmeninformation

Adresse:

Platz der Republik 1
11011 Berlin

30.

Bundesregierung

D-U-N-S® Nummer: 34-301-4786

Firmeninformation

Adresse:

Dorotheenstr. 84
10117 Berlin

31.

Deutscher Bundestag

D-U-N-S® Nummer: 33-262-0814

Firmeninformation

Adresse:

Platz der Republik 1
10557 Berlin

32.

Der Bundeskanzler
D-U-N-S® Nummer: 31-497-2740

Firmeninformation

Adresse:

Willy-Brandt-Str. 1
10557 Berlin

Auch alles nur private US- Unternehmen ohne hoheitliche Rechte und Befugnisse! Selbst der **Bundeskanzler Olaf Scholz tritt nur als GmbH** hier auf.

Weil er für seine Taten nicht in die Haftung genommen werden will!

Nur die GmbH haftet mit ca. 25.500,- € für Billionenschäden, die dem Volk der Deutschen durch seine Taten zugefügt werden.

Danach haben die Gerichte / Richter/innen und Staatsanwaltschaften / Staatsanwälte/ innen also ihre Legitimationen von toten Sachen bezogen!

Welchen Staat aber vertreten sie???

Auch diese privaten Unternehmen begehen fortlaufend Kriegsverbrechen!

Dadurch dass diese kriminellen US- Unternehmen immer noch die jur. PERSON nutzen, die gemäß der Punkte 06 und 21 nicht existent sind, niemals waren, werden in ihrem eigenen System diverse Straftatbestände erfüllt.

33.--2007 -- Aufgrund des privaten Status der Unternehmen und der Vortäuschung öffentliches Recht auszuüben kommt es zur **Durchgriffshaftung §§ 105 Abs. 1, § 128 HGB**, sie haften persönlich mit ihrem gesamten Privatvermögen.

Da es sich hier um den **Missbrauch der juristischen Person** durch privat erzeugte Strohmann- Scheingeschäfte § 117 BGB handelt, führt dies zum „Verlust der Haftungsbeschränkung“.

2007 gab der BGH das zur Durchgriffshaftung führende Konzept des Missbrauchs der **Rechtsform** auf und begründete die **Existenzvernichtungshaftung** des Gesellschafters allein mit § 826 BGB als eine besondere Fallgruppe der **sittenwidrigen vorsätzlichen Schädigung**. Nicht versicherte „Strohmännfiguren“ stehen ausschließlich unter Haftung des jeweiligen Anwenders mit Durchgriffshaftung über dessen Juristische Obligation auf den Inhaber dieser [19/III GG].

Das bedeutet nichts anderes, als dass hier seit 2007 hart gegen die jur. PERSONEN, die sich als angebliche staatliche Beamte ausgeben um über den Obligationsbetrug mit dem Namen, (Erzeugung von Strohmännern) staatshoheitliche Amtshandlungen auszuüben, vorgegangen wird.

34.--18 US-Code § 1341 – (UCC) Betrug und Schwindel.

Jeder, der einen Plan oder Trick zum Betrug entwickelt hat oder zu entwickeln beabsichtigt oder wissentlich verursacht, dass sie per Post oder einem solchen Spediteur gemäß den Anweisungen darauf oder an dem Ort, an den sie von der Person, an die sie adressiert ist, zugestellt werden sollen, zugestellt werden, wird eine solche Angelegenheit oder Sache unter diesem Titel mit einer Geldstrafe belegt oder nicht länger als 20 Jahre inhaftiert, oder beides. Wenn der Verstoß im Zusammenhang mit einer vom Präsidenten erklärten Katastrophe oder einem Notfall größeren Ausmaßes (gemäß Definition dieser Begriffe in Abschnitt 102 des Robert T. Stafford Disaster Relief and Emergency Assistance Act (42 USC 5122)) oder ein Finanzinstitut betrifft, wird diese Person mit einer Geldstrafe von höchstens 1.000.000 \$ oder einer Freiheitsstrafe von höchstens 30 Jahren oder beidem belegt.

(25. Juni 1948, Kap. 645, 62 Stat. 763; 24. Mai 1949, Kap. 139, § 34, 63 Stat. 94; Pub. L. 91–375, § (6) (j)(11), 12. Aug. 1970, 84 Stat. 778, Pub. L. 101–73, Titel IX, § 961(i), 9. Aug. 1989, 103 Stat. 500, Pub. L. 101–647, Titel XXV, § 2504(h), 29. Nov. 1990, 104 Stat. 4861, Pub. L. 103–322, Titel XXV, § 250006, Titel XXXIII, § 330016(1)(H), 13. Sept. 1994, 108 Stat. 2087, 2147; Pub. L. 107–204, Titel IX, § 903(a), 30. Juli 2002, 116 Stat. 805; Pub. L. 110–179, § 4, 7. Jan. 2008, 121 Stat. 2557.)

35.--18 US-Code § 1342 – (UCC) Fiktive Name oder Adresse.

Wer zum Zwecke der Durchführung, Förderung oder Durchführung eines in Abschnitt 1341 dieses Titels genannten Schemas oder Geräts oder eines anderen rechtswidrigen Geschäfts mit Hilfe des Postdienstes eine fiktive Person verwendet oder annimmt oder anfordert, von ihr angesprochen zu werden, falschen oder angenommenen Titel, Namen oder Adresse oder anderen Namen als seinen eigenen richtigen Namen, oder nimmt oder erhält von einem Postamt oder autorisierten Verwahrer von Postsendungen Briefe, Postkarten, Pakete oder andere Postsendungen, die an irgendjemanden adressiert sind ein solcher fiktiver, falscher oder angenommener Titel, Name oder Adresse oder ein anderer Name als sein eigener richtiger Name, wird unter diesem Titel mit einer Geldstrafe belegt oder mit einer Freiheitsstrafe von höchstens fünf Jahren oder beidem.

(25. Juni 1948, Kap. 645, 62 Stat. 763; Pub. L. 91–375, § 6(j)(12), 12. Aug. 1970, 84 Stat. 778; Pub. L. 103–322, Titel XXXIII, § 330016(1) (H), 13. Sept. 1994, 108 Stat. 2147.)

Sie versuchen sich zu schützen, indem sie zu ihren Urteilen nur beglaubigte Abschriften ohne richterliche Unterschrift zustellen lassen.

36.--Bundesgerichtshof XII ZB 132/09

Beschluss XII ZB 132/09 des BGH vom 09.06.2010 mit Seite 4 zur Urteilsbegründung bedeutet, dass eine **Ausfertigung**, die nicht vollständig wortwörtlich der Urschrift entspricht, eine gerichtliche Urkundenfälschung ist.

Analog zu § 315 ZPO müssen Richter und alle anderen Amtspersonen **Bescheide, Beschlüsse** oder **Urteile** eigenhändig handschriftlich unterschreiben, ansonsten sind diese nichtig! (Siehe auch § 275 (2) StPO, § 117 VwGO).

Darüber hinaus ist anzumerken, dass im Rechtsverkehr stets der ausgeschriebene Vor- u. Zuname zu verwenden ist! Das nicht Vorhandensein einer Unterschrift unter einem Dokument verstößt gegen die Rechtsnorm – Verstößt etwas gegen eine Rechtsnorm, ist es nichtig!

Das nicht Vorhandensein einer Unterschrift unter einem Dokument verstößt gegen die Rechtsnorm, dass Entscheidungen, Anordnungen, Willenserklärungen o.ä. zur Erlangung ihrer Rechtswirksamkeit grundsätzlich einer eigenhändigen Namensunterschrift des Ausstellers bedürfen (§ 126 BGB). Verstößt etwas gegen eine Rechtsnorm, ist es nichtig (§§ 125 BGB, 44 VwVfG). Ein Beschluss, ein Urteil wie auch Verträge jeglicher Art müssen zur Rechtskrafterlangung unterschrieben sein, weil nur die Unterschrift seine Herkunft verbürgt.

37.--§ 317 ZPO (2) – Urteilszustellung und -ausfertigung (ZPO = Zivilprozessordnung)

§ 317 ZPO (2) – Urteilszustellung und -ausfertigung

„(2) **Ausfertigungen werden nur auf Antrag** und nur in Papierform erteilt.

Solange das Urteil nicht verkündet und nicht unterschrieben ist, dürfen von ihm Ausfertigungen, Auszüge und Abschriften nicht erteilt werden.“

Dies ist ein extrem menschenrechtswidriges Vorgehen i. S. d. **Art. 6 EMRK** durch die Richter, da solange ein Urteil nicht verkündet und nicht unterschrieben ist, von ihm Ausfertigungen, Auszüge und Abschriften nicht erteilt werden dürfen.

Bekommt also jemand eine beglaubigte Abschrift als sogenanntes Urteil zugesandt, ist davon auszugehen, dass das original Urteil nicht unterschrieben wurde! –

Straftatbestand Rechtsbeugung § 339 StGB.

38.--Mit dem Strafbefehl können nur

Vergehen im Sinne des § 12 Absatz 2 StGB geahndet werden

[und sind nur gültig mit Vornamen und Familienname, sowie **Unterschrift des Richters!**] §

12 StGB Verbrechen und Vergehen (Strafgesetzbuch)

(1) Verbrechen sind rechtswidrige Taten, die im Mindestmaß mit Freiheitsstrafe von einem Jahr oder darüber bedroht sind.

(2) Vergehen sind rechtswidrige Taten, die im Mindestmaß mit einer geringeren Freiheitsstrafe oder die mit Geldstrafe bedroht sind.

(3) Schärfungen oder Milderungen, die nach den Vorschriften des Allgemeinen Teils oder für besonders schwere oder minder schwere Fälle vorgesehen sind, bleiben für die Einteilung außer Betracht.

Haftbefehle dürfen nur im Strafrecht angewandt werden – das ist international so geregelt.

Haftbefehle dürfen daher nicht zur Erzwingung von Geldeinnahmen angewandt werden.

Das ergibt sich aus Art. 25 GG i.V. m. Art. 11 Internationaler Pakt vom 19.12.1966 für bürgerliche und politische Rechte von 1966 – BGBl. 1973 II S. 1533 – am 23. März in Kraft getreten, für die Bundesrepublik Deutschland trat der Pakt mit Ausnahme des Art. 41 am 23 März 1976 – BGBl. 1976 II S. 1068, Art. 41 so dann am 28. März 1979 – BGBl. 1979 II S. 1218 in Kraft.

Bei der Anwendung von Beuge / Erzwingungshaft handelt es sich um verbotene **NaZi-Gesetzgebungen.**

Für ein **OWiG kann und darf keine Erzwingungshaft angeordnet werden, dass erfüllt den Straftatbestand der Rechtsbeugung.**

Desgleichen gilt für **Strafbefehle**, in denen eine Ersatz- Freiheitsstrafe nicht ausdrücklich angeordnet wurde. Wirksam wird der Strafbefehl erst, wenn dieser mit der Rechtsverbindlichen Unterschrift des Ausstellenden Richters nach **§ 126 BGB** rechtskonform zugestellt wurde.

Bei fehlender richterlicher Unterschrift nach § 126 BGB werden auch keine Fristen in Gang gesetzt. Richter/innen auf Probe dürfen im 1. Jahr lediglich OWiG- und andere minderschwere Fälle bearbeiten.

Die Bearbeitung im Strafrecht ist grundsätzlich den Voll- Richtern/innen vorbehalten.

Wie aber bekannt ist, haben Richter/innen aufgrund des **Urteiles vom 25.07.2012** durch das BVerfG. bis rückwirkend **1956** gar keine richterliche Amtsgewalt mehr.

Jedes Urteil, Beschluss, Strafbefehl, Haftbefehl, Pfändung usw... sind null und nichtig, den Richtern/innen ist dies bekannt, sie erfüllen **vorsätzlich** den **Straftatbestand** der **Rechtsbeugung nach § 339 StGB**.

Das Grundgesetz wurde am 17.07.1990 durch Streichung des **Art. 23** für null und nichtig erklärt, aber selbst nach dem **GG Art. 101** Alle Gerichte sind Staatsgerichte, war ihnen aufgrund der fehlenden Staatlichkeit, die **Ausübung der Gerichtsbarkeit verboten!!!**

Mit dem **1. Bundes- Bereinigungsgesetz 2006** wurden den Gerichten das **GVG** - Gerichts- Verfassungsgesetz sowie der Zugriff auf die Staatliche Gesetzgebung aufgrund der fehlenden Staatlichkeit generell entzogen und verboten.

39.--Landgericht Arnsberg, Beschluss vom 16.09.2022, Az. 3 Ns-110 Js 1471/21-92/22| - 3.
Kleine Strafkammer

Fehlende Unterschrift unter Strafbefehl und Verwaltungsakten.

Zitat im Urteil:

"Das Fehlen der Unterschrift ist ein wesentlicher Mangel, der einen Strafbefehl nicht wirksam werden lässt. Nach Auffassung der Kammer kommt es nicht darauf an, ob aus den Akten festgestellt werden kann, dass dennoch eine der Willensäußerung des Richters entsprechende Entscheidung vorliegt (zum Meinungsstand vgl. MeyerGoßer/Schmitt, StPO, § 409, RN 13; KK-StPO, § 409 Rn. 13-15).

Denn das Erfordernis der Unterzeichnung kann nicht anhand von Umständen aus der Akte, wie beispielsweise eines Namenskürzels bei der Begleitverfügung, fingiert werden.

Insoweit ist anerkannt, dass die fehlende Unterzeichnung einer Urteilsurkunde (§ 275 Abs. 2 StPO) nicht durch eine von dem erkennenden Richter unterzeichnete gesonderte Verfügung (der Zustellung) ersetzt werden kann

(vgl. OLG Köln, Beschluss vom 19. 7. 2011 - 1 RVs 166/11).

Ähnlich wie bei einer Urteilsurkunde kann auch bei einem Strafbefehl nur durch die Unterzeichnung dokumentiert werden, dass der Richter die Verantwortung für den Inhalt des – gemäß § 408 Abs. 3 StPO nicht von ihm herrührenden – Schriftstücks übernehmen wollte. Die vergleichende Betrachtung wird durch § 410 Abs. 3 StPO gestützt."

<https://rewis.io/urteile/urteil/o36-16-09-2022-3-ns-110-js-147121-9222/>

Das bezieht sich ebenfalls auf **Haftbefehle**, die **nur von einem Richter** unterschrieben werden dürfen, Staatsanwaltschaften und Justizangestellte sind nicht befugt!

Richter auf Probe begehen damit Rechtsbeugungen, die Anordnung der Erzwingungshaft / Beugehaft ist bereits ein erfüllter Straftatbestand.

40.--Bundesgerichtshof VII ZB 43/12

Urteil Bundesgerichtshof – Beschluss vom 11. April 2013 · Az. VII ZB 43/12: "maschinell erstellte Schreiben ohne Unterschrift" sind ungültig!

„Die Berufungsschrift weise keine Unterschrift, sondern eine „Streichung“ des dort maschinenschriftlich angegebenen Namens auf. Allenfalls könne es sich bei dem Schriftzug um eine Paraphe handeln, die keine formgültige Unterschrift darstelle.“

Mehr **HIER**: <https://openjur.de/u/626641.html>

41.--BGB § 125 Nichtigkeit wegen Formmangels

BGB § 125 Nichtigkeit wegen Formmangels

Ein Rechtsgeschäft, welches der durch Gesetz vorgeschriebenen Form ermangelt, ist nichtig. Der Mangel der durch Rechtsgeschäft bestimmten Form hat im Zweifel gleichfalls Nichtigkeit zur Folge.

Wenn auf dem Schriftstück in der untersten Zeile steht „Dieses Dokument wurde maschinell erstellt und ist deswegen ohne Unterschrift gültig!“, berufen sich die „Beamten“ auf das Verwaltungsverfahrensgesetz § 37 Abs. 5, im folgenden VwVfG genannt.

Hier wird eine rechtliche Täuschung begangen.

42.--Ohne Unterschrift & Verjährung

Die sog. Rechtskraft kann nicht eingetreten sein, da es sich um ein Scheinurteil ohne Originalunterschrift des erkennenden Richters und ohne jegliche Begründung handelt. Hier liegen absolute Revisionsgründe nach § 547 Nr. 6 ZPO vor.

Durch ein Scheinurteil wird ein Verfahren nicht abgeschlossen, daher werden auch keine Fristen in Gang gesetzt. „Zwar ist das angefochtene Protokollurteil auch ohne Unterschrift sämtlicher an der Entscheidungsfindung mitwirkenden Richter mit seiner Verkündung existent geworden (BGHZ 137, 49, 52).

Jedoch können die fehlenden Unterschriften nicht mehr rechtswirksam nachgeholt werden, weil seit der Urteilsverkündung die für die Einlegung eines Rechtsmittels längste Frist von fünf Monaten (§§ 517, 548 ZPO) verstrichen ist (BGH, NJW aaO S. 1882). Das Fehlen der Unterschriften stellt einen absoluten Revisionsgrund dar (§ 547 Nr. 6 ZPO).

Scheinurteile und Scheinbeschlüsse beenden jedenfalls kein Verfahren.“

43--Eine beglaubigte Ausfertigung ist kein Ersatz für das richterlich unterschriebene Urteil nach § 126 BGB.

Nur ein Ordnungsgemäß nach § 126 BGB unterschriebenes **Urteil** kann Fristen in Gang setzen und Rechtskraft entfalten.

Der Hinweis, in der Gerichtsakte befindet sich das unterschriebene Schriftstück ist nicht von Relevanz.

Dies auch nur, wenn der bekennende Richter über eine Zulassung der Militärregierung verfügt.

Das einmal nur zum Nachweis der „Rechtskraft“ im eigenen System.

In der Hauptsache geht es darum, wo ist die Legitimation, wer hat diesen „Richtern/innen“ und „Staatsanwälten/innen“ ihre „Ämter“ und die Vertretung öffentlichen Rechts verliehen???

Niemand, sie behaupten dies nur! Sie können keine Nachweise erbringen!!!

Tatsächlich gehören sie aufgrund ihres privaten Unternehmens- Status nicht einmal mehr zur großen Räuberbande im Vatikanstaat Berlin Mitte, der seit 1945 als beschlagnahmtes US-Gebiet zum Vatikanstaat Washington DC gehört.

Der Berliner Vatikanstaat verwaltet lediglich die 52% der Geschäftsanteile, die der Vatikanstaat Washington DC an jeden einzelnen dieser ca. 47.000 Unternehmen die auf deutschem Reichsboden Ämter- und Behörden vortäuschen, hält.

Selbst wenn sie ihre kriminellen Machenschaften unterschreiben würden, werden es immer nur kriminelle Machenschaften bleiben!

Niemand kann privaten, amerikanischen Unternehmen hier hoheitliche Rechte und Befugnisse verleihen! Das ist in keinem Staat auch innerhalb dieser Vatikanischen Welt (Matrix) möglich.

Die Anwendung von UCC = See- Handelsrecht ist auf dem Festland verboten, es kann nur unter Täuschung und Betrug angewendet werden.

Der Vatikan ist seit 1871 aus dem Reich und Preußen verbannt, zuvor hat der Vatikan allen gebürtigen Preußen / Prussen / Reichsangehörigen Deutschen die vollen Menschen und Bodenrechte auf Ewigkeit zugesichert.

Deshalb hat weder der Vatikan noch das Vatikanische- Kanonische Recht irgendeine Gültigkeit oder Geltung auf unseren Staatsgebieten.

Der Unterzeichner fordert Sie nunmehr mit einer **Frist von 7 Werktagen** auf, nachstehend Aufgeführtes nachzuweisen:

1. Ist das [Amts]gericht Bochum staatrechtlich befugt, tätig werden zu dürfen ? Wenn ja, bittet der

Unterzeichner, diese Genehmigung in Kopie mitzuteilen.

2. Als zuständiger Richter des [Amts]gericht Bochum, bittet der Unterzeichner um Einsicht in Ihre Legitimierung als Richter tätig werden zu dürfen. Insbesondere einen Beamtenausweis und/oder aber auch eine Bestallungsurkunde bzw. eine Alliierten Tageszulassung.

3. Der Unterzeichner bittet mittels Postzustellurkunden, zu Beauskunften, dass tatsächlich eine ordnungsgemäße Ladung gem. den Gesetzesmäßigen Vorschriften gem. ZPO erfolgt ist. Der Unterzeichner bestreitet dies.

Grund:

Der Unterzeichner verweist ausdrücklich auf die Vorschrift der ZPO, wie eine solche Zustellung zu erfolgen hat und vor allem wo diese überhaupt erfolgen darf. Darüber hinaus sind die Möglichkeiten an „wen“ auch sehr begrenzt.

Der Unterzeichner fordert dazu auf, eine plausible Begründung vorzutragen, wie „von einer Aufenthaltsstelle“ einer Person (Mensch), ausgegangen werden kann, obwohl die Rechtsprechung eine andere Sprache spricht.

Begründen Sie gegenüber dem Unterzeichner Ihre Handlung der Willkür prüfungsfähig und beachten Sie dass ein Amtlicher Bescheid nach geltendem deutschen Recht, nur von einer Amtsperson ausgehändigt werden darf.

Das Personal der deutschen Post AG erfüllt diese Voraussetzungen nicht und wäre somit Straffbar. Ein Beamter ist nur im Amt mit einem gültigen Amtsausweis !

Kein Dienstausweis.

4. Der Unterzeichner fordert dazu auf, die fehlenden und rechtsgültigen Richterunterschriften Richter „Bosse“ und Richterin „Middendorf“ nachzureichen.

Unterschrift auf Behördenschreiben gemäß gültigen Gesetzen.

Alle über den Postweg versandten Schriftstücke sind ohne gültige Unterschrift nicht rechtswirksam. Texte wie „Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift gültig!“ erfüllen den Tatbestand der Rechtstäuschung.

Das gleiche gilt für Kürzel, Paraphen und sonstigen Geschmiere.

Beweis:

§126 BGB, §315 ZPO, §275 StPO, §117 VwGO, §37 VwVfG, §110c OWiG, §134 SGG, §119 AO usw.

Der Zusatz „i. A.“ ist nach höchstrichterlicher Feststellung als formunwirksam und damit ebenfalls rechtsunwirksam anzusehen.

Beweis:

BGH-Urteil vom 19. Juni 2007– VI ZB 81/05; BGH-Urteil vom 31. März 2002– II ZR 192/02; BGH Urteil vom 5. November 1987– V ZR 139/87 Eberhard.

5. Der Unterzeichner bittet um Erklärung der Begrifflichkeit „Staatsangehörigkeit Deutsch“. Erklären

Sie bitte wie „Deutsch“ eine Staatsangehörigkeit begründen vermag, da sich der Begriff ausschließlich

auf die Sprache bezieht und kein Staat existiert und was Staatsanwälte für Funktion in diesem Haifischbecken des Unrechtes einnehmen. Wer hat diese Fiktion erschaffen ?

6. Der Unterzeichner fordert dazu auf, dass auch die Urkundsbeamtin „Jahn“ und Urkundsbeamte „Köhler-Sodeikat“ alle fehlenden Unterschriften nachholt und Ihren Beamtenausweis oder Amtsausweis vorweist.

7. Der Unterzeichner fordert dazu auf, dass eine Legitimierung und Nachweis mittels eines Beamtenausweis oder Amtsausweis der PK „Demiroski“, POKin „Tonn“, EPHK „Feidner“, PK „Schwarz“, KA „Rettstadt“, RBe „Morgenstern“, LR „Konze“ nachweist und für welchen Staat sie tätig sind.

8. Der Unterzeichner fordert dazu auf, dass eine Legitimierung und Nachweis mittels eines Beamtenausweis oder Amtsausweis und für welchen Staat er tätig ist von Staatsanwalt „Hagemann“.

Darüber hinaus verweise Ich auf den:

Weltpostvertrag

Der Weltpostvertrag kann seit 1907 nicht geändert werden, da es keine Staaten mehr gibt!!!

Die weisen Worte von Calvin Coolidge, dem „schweigsamsten Präsidenten der US Geschichte“, waren sehr passend.

Als man ihn fragte, warum er so wenig spricht, antwortete er:

"Ich habe niemals Schaden durch etwas erlitten, was ich nicht gesagt habe."

Die UPU (Universal Postal Union) mit Hauptsitz in Bern, Schweiz, ist die absolut maßgeblichste Organisation in der heutigen Welt. Sie gründet sich auf Staatsverträgen.

Keine Nation kann als Nation anerkannt werden, ohne in der internationalen Admiralität zu sein, um ein gemeinsames Forum zu haben, sich am Handel zu beteiligen und Konflikte zu lösen.

Die UPU arbeitet unter der Autorität durch Verträge mit jedem Land auf der Erde zusammen. Sie ist, wie das immer so war, der oberste Lehnsherr oder der Ober Aufseher über die allgemeinen Interaktionen aller Länder im internationalen Handel. Die UPU ist die Nummer Eins unter den militärischen (internationale Admiralität ist auch militärisch) Auftragsvergaben auf dem Planeten. Der UPU unterstehen alle Armeen der WELT.

Aus diesem Grund sollte jeder alle wichtigen, juristischen und handelstechnischen Dokumente, mittels des Postamtes senden, statt durch private Beförderer, welche wie „Pin“ etc. sind und uns in Wahrheit von unseren Rechten abschirmen mit ihren POST- AG Service Agenturen anstelle des Post-Amtes. Gültig ist nur ein Versandt von Post mit entwertetem Postwertzeichen.

Wir wollen direkten Zugang zur Autorität - und die Verfügbarkeit der Korrespondenz zwecks Rechtsbehelf und Entschädigungsansprüche - zur UPU.

Die Einbeziehung der Autorität der UPU wird automatisch durch den Gebrauch durch Briefmarken aktiviert.

" Der Unterzeichner bestreitet diese Schuld und alle Forderungen einen Vertrag in Übereinstimmung mit 15 USC 1692 G zu schließen."

Alles ist Handel, und jeder Handel ist Vertrag

Der Herr der Verträge ist das Postamt, und das UPU ist der höchste Lehnsherr des Handels, aller Bankgeschäfte und des Postsystems in der Welt.

Postversand nur nach Weltpostvertrag

Korrespondenz mit der „Öffentlichkeit“ (z.B. Gerichtspost) hat, rechtsoben auf dem Umschlag einen Aufdruck anstatt einer entwerteten Briefmarke.

Dies zu tun ist ebenfalls bereits Postbetrug.

Wenn der Umschlag solch einen Aufdruck, statt einer entwerteten Postmarke hat, dann haben jene sich in einen Postbetrug eingelassen, weil da keine entwertete Briefmarke drauf ist.

Es ist die entwertete Briefmarke, die die Gewalt hat; eine nicht entwertete Briefmarke ist gar nichts. Ein solcher Aufdruck ist gleich einer solchen nicht entwerteten Briefmarke.

Wenn sie nicht entwertet ist, ist der Brief **nicht** bezahlt !

In Bezugnahme Ihrer postalischen Korrespondenz, stellt der Unterzeichner fest, dass es sich um eine „aufgedruckte“ Versandmarke) handelt

und,

in Bezug auf Ihre gelben Briefe stellt der Unterzeichner fest dass dieser ohne Postwertzeichen und nicht von einem Beamten oder Amtsperson zugestellt wird. Der Unterzeichner erwartet dafür eine rechtswirksame Einlassung Ihrerseits.

Es besteht der Anfangsverdacht auf einen illegalen Post-Betrug !

Eine Überprüfung ist somit erforderlich und mit einem Überprüfung-s-Protokoll abschließend zu erbringen und Teile mit, dass der Unterzeichner seinen Verdacht bei der,

UNIVERSAL POSTAL UNION UPU, Weltpoststrasse 4, [CH-3015] Bern SCHWEIZ, zur Anzeige gebracht hat.

Der Vorgang hat bis zur Verkündung der Entscheidungen zu ruhen.

Gemäß Ihre Aufforderung teilt der Unterzeichner mit, dass dieser nichts unterzeichnen noch zustimmen wird, da Ihr gesamtes, Vorgehen hochgradig kriminell ist.

Hinblick auf Konrad Adenauer, der zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland sagte, wir haben kein Mandat des Deutschen Volkes, wir haben den Auftrag der Alliierten.

Der Unterzeichner teilt mit dass die gesamten Vorgänge an die amerikanische, russische und britische Militärpolizei der Alliierten Kommandantur weitergeleitet wird und zur Anzeige gebracht wird.

Eine Überprüfung ist somit erforderlich und mit einem Überprüfung-s-Protokoll abschließend zu erbringen. zum ORT das Datum entnehmen sie dem Poststempel

=====

Alle Rechte Vorbehalten